

Aarau, 24. Juni 2021

Handlungsbedarf nach Ablehnung des CO2-Gesetzes anerkannt – keine Schnellschüsse

FDP Aarau regt Schaffung einer Nachhaltigkeits-Kommission an

Die FDP der Stadt Aarau sieht nach der Ablehnung des CO2-Gesetzes auf nationaler Ebene durchaus Handlungsbedarf und -spielraum in Sachen Klimaschutz. Dabei gilt es aber, nicht durchdachte Schnellschüsse und Symbolpolitik zu vermeiden. Die FDP Aarau wird griffige kommunale Vorstösse entlang der liberalen Grundsätze unterstützen. Zudem wird sie die Schaffung einer Nachhaltigkeits-Kommission des Einwohnerrates initiieren. Damit sollen weitere Schritte koordiniert sowie anhand des global anerkannten Nachhaltigkeit-Dreiecks ausgerichtet werden, sprich nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien.

Aus Sicht der FDP Aarau hilft die Ablehnung des CO2-Gesetzes durch die Schweizer Stimmbevölkerung auf dem Weg in Richtung eines gesellschaftlich breit akzeptierten und wirtschaftsverträglichen Klimaschutzes nicht weiter. Nun beginnt das politische Spiel auf nationaler Stufe mit nicht absehbarem Ausgang von vorne und wertvolle Zeit geht verloren.

Nebst der städtischen Klimastrategie, die nach den Sommerferien im Einwohnerrat behandelt wird und sehr viele Klimaaspekte schon abdeckt, sind auch auf kantonaler Ebene Vorlagen hängig, wie der Gegenvorschlag zur Klimainitiative, der letzte Woche im Grossen Rat zur Ausarbeitung verabschiedet wurde, oder das kantonale Förderprogramm. Der Handlungsspielraum auf kommunaler Ebene muss insbesondere im Lichte dieser Fakten ausgelotet werden, damit sinnvolle und griffige Massnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden können. Die FDP wird entsprechende Vorstösse unterstützen, solange sie nicht reine Verbote sind, sondern sie insbesondere Innovation und Eigenverantwortung fördern oder es sich um Lenkungsabgaben mit vollständiger Rückführung der Mittel an die Bevölkerung handelt. Gemäss diesen Kriterien wird auch das Paket von Vorstössen, welches durch die Grüne Partei und die Grünliberale Partei Aarau dieser Tage eingereicht wurden, differenziert beurteilt.

Bereits jetzt ist jedoch klar, dass es sich dabei aus Sicht der FDP nicht nur um unterstützungswürdige Ideen handelt. Zu unklar ist teilweise ein möglicher Nutzen, zu umfassend die finanziellen Folgen. Zudem stellen fast 20 gleichzeitig eingereichte Vorstösse für die Verwaltung der Stadt Aarau eine enorme Belastung dar. Denn es müssen Botschaften seriös erarbeitet, Entscheide umfassend vorbereitet und diese dann gegebenenfalls unter hohem Zeitdruck – so zumindest die Vorstellung der Initianten – umgesetzt werden. Weiter stehen zahlreiche der Vorstösse in direkter Konkurrenz zu Massnahmen, die in der städtischen Klimastrategie vorgesehen sind und entsprechend in die Budgetierung einfliessen. Eine Klimastrategie notabene, welche unter Einbezug

aller interessierten Interessengruppen, auch aller politischen Parteien, erarbeitet und vom Stadtrat verabschiedet worden ist.

Schaffung einer einwohnerrätlichen Nachhaltigkeits-Kommission

Um eine umfassende Sicht auf die aktuelle Situation sowie den realistischen Handlungsspielraum zu ermöglichen, wird die FDP einen Vorstoss zur Etablierung einer Nachhaltigkeits-Kommission des Einwohnerrates einreichen. Dies würde es ermöglichen, wirkungslose und aufwändige Schnellschüsse zu vermeiden und allfällige Massnahmen in der nötigen Breite zu evaluieren und koordinieren. Und die Kommission könnte sicherstellen, dass die Situation in der gebotenen Dringlichkeit aber mit der benötigten Ruhe bearbeitet wird. Dazu zählt, dass Massnahmen auf der global anerkannten Basis der Nachhaltigkeit geprüft werden: anhand ökologischer, ökonomischer und sozialer Kriterien. Nur so gelangen wir zu Lösungen, die wirkungsvoll, breit akzeptiert und auch finanzierbar sind.

Nachgefragt

Bei Stefan Zubler, Fraktionspräsident FDP Aarau

Stefan Zubler, wie beurteilen Sie die fast 20 Vorstösse, welche seitens der Grünen respektive der Grünliberalen Partei eingereicht wurden.

Nach der Ablehnung des CO2-Gesetzes durch die Schweizer Stimmbevölkerung haben wir Sympathien für das Vorhaben, mögliche Massnahmen zur Förderung des Klimaschutzes auf kommunaler Ebene zu prüfen. Allerdings halten wir an unseren Grundsätzen fest: möglichst wenige Verbote; vielmehr soll die Innovation stimuliert und die Eigenverantwortung zielgerichtet gefördert werden. Ebenfalls Hand bieten werden wir zu Lenkungsmassnahmen, solange die generierten Mittel vollumfänglich an die Bevölkerung zurückfliessen.

Wo sehen Sie Nachteile?

Aus unserer Sicht ist die ganze Aktion mit den fast 20 Vorstössen teilweise nicht bis zu Ende gedacht. Entscheidende Faktoren wie zum Beispiel die Auswirkungen auf die Finanzen der Stadt Aarau, die in den kommenden Jahren genügend belastet werden durch die Verarbeitung der Covid-Folgen, sind kaum angesprochen. Zudem gibt es offensichtliche Konflikte mit der Klimastrategie der Stadt Aarau, die breit abgestützt erarbeitet wurde. Zusätzlich gibt es auf Stufe Kanton momentan einige Aktivitäten, die nicht unberücksichtigt bleiben sollten.

Wie wird sich die FDP in der Beratung der Vorstösse verhalten?

Parallel fast 20 Vorstösse, die teilweise weitreichende Folgen hätten, zu analysieren und die Position dazu festzulegen, übersteigt den üblichen Rahmen des Machbaren. Wir werden als Partei für die Bearbeitung der Vorstösse zu besonderen Mitteln greifen und bilden beispielsweise einen schlagkräftigen Unterausschuss der Fraktion und/oder organisieren eine gut vorbereitete Retraite. So legen wir unsere Positionen fest. Klar ist heute schon, dass wir auf jeden Fall die Schaffung einer einwohnerrätlichen Nachhaltigkeits-Kommission initiieren werden.

Kontakt:

Stefan Zubler, Fraktionspräsident, 079 299 57 29
Martin Bahn Müller, Medien, 079 351 48 43